

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Beförderungsaappelle auf dem Rathausmarkt

Seit wenigen Wochen haben die Themen Sicherheitspolitik sowie die Situation der Bundeswehr auch bei den Altparteien endlich wieder einen wichtigeren Stellenwert eingenommen. Die Bundeswehr hat nach wie vor ein erhebliches Problem bei der Gewinnung von Nachwuchskräften, außerdem leidet sie an ungenügender Ausrüstung. Im Zuge der Eskalation in der Ukraine wurden diese Probleme, verursacht vor allem durch Schwarz-Rot-Grün, wieder mehr ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Soldaten aus allen Dienstgradebenen sowie Politiker der AfD haben diese Probleme seit Jahren angesprochen. Nun wurde endlich erkannt, dass die Bundeswehr nicht mehr verteidigungsfähig ist.

Auf Regierungsebene wurde daraufhin in gewohnter Kurzschlussmanier eine massive Erhöhung des Wehretats angekündigt, um die Truppe mit ausreichender und zeitgemäßer Ausrüstung ausstatten zu können. Dieser Schritt ist zwar dringend notwendig, wird aber bei Weitem nicht genügen, um die Wehrfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen.

Ein viel tieferreichenderes Problem stellt der mangelnde Nachwuchs dar, welches eng mit der fehlenden öffentlichen Anerkennung und Wertschätzung der Bundeswehr zusammenhängt. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht ist das Ansehen der Truppe sowie des Dienstes an der Waffe systematisch durch die Berichterstattung und die Regierungsmaßnahmen aus dem Verteidigungsministerium beschädigt worden. Fehlgeleitete Werbekampagnen der Bundeswehr stellen den Dienst am Vaterland nur noch als einen Beruf unter vielen dar und die Wahrnehmbarkeit der Truppe in der Öffentlichkeit nimmt immer weiter ab. Hierdurch droht die Truppe nicht nur ihre Wehrfähigkeit, sondern auch ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft dauerhaft zu verlieren. Zur Traditionslinie der Bundeswehr und zum Prinzip der Inneren Führung gehört jedoch insbesondere auch das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform aus der Mitte der Gesellschaft. Um diesem Leitbild wieder gerecht werden zu können, um die Verankerung der Streitkräfte in der Zivilgesellschaft zu fördern und um dadurch auch das Nachwuchsproblem unserer Streitkräfte zu mildern und die kostspieligen, fehlgeleiteten Werbemaßnahmen unnötig zu machen, erscheint es zielführend, feierliche Zeremonien der in Hamburg stationierten Soldaten wieder mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen.

In anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes mit Nachwuchsproblemen, wie etwa der Polizei, der Feuerwehr oder dem Justizvollzug, unternahm der Senat diesen Schritt bereits vor Jahren. Die Senatsempfänge zur Vereidigung der Feuerwehr- sowie der Polizeibeamten sind eine schöne und angemessene Geste der Wertschätzung. Durch die Bereitstellung der Räumlichkeiten des Rathauses wird den neuen Auszubildenden ein höheres Maß an Aufmerksamkeit zuteil und ihr Dienst für die Gesellschaft somit öffentlich angemessen gewürdigt. In Anlehnung an dieses begrüßenswerte Vorgehen schlagen wir vor, auch die alljährliche Offiziersbeförderung der Helmut-Schmidt-Universität in vergleichbarer Weise zu würdigen. Jedes Jahr werden in Ham-

burg nach wie vor etwa 500 Offizieranwärter zum Leutnant oder Leutnant zur See befördert.

Der Beförderungsapell findet immer noch, abgeschieden von der öffentlichen Wahrnehmung, auf dem Gelände der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) in Wandsbek statt. Hinzu kommt, dass sich die Universität unter Zustimmung der Regierungskoalition derzeit in einen militärischen Sicherheitsbereich umwandelt. Ob beim diesjährigen Appell also lediglich die Verwandten und Gäste der zu befördernden Soldaten anwesend sein können oder sich die Tore ebenfalls für andere Interessierte öffnen, ist derzeit noch ungewiss. Daher erscheint es angemessen, dieses Ereignis stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Für diesen Appell sollten Senat und Bürgerschaft daher den Platz vor dem Rathaus sowie den großen Festsaal zur Verfügung stellen. Da vermutlich erhebliche Absicherungsmaßnahmen durch die Polizei erforderlich werden, sollte die Stadt diese ebenfalls tragen. Unsere Soldaten haben nach ihrer Grundausbildung gelobt, das deutsche Volk tapfer zu verteidigen. Setzen wir ein Zeichen dafür, dass wir als Vertreter dieses Volkes diesen Eid schätzen und würdigen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. der militärischen Führung der Helmut-Schmidt-Universität anzubieten, den Rathausmarkt sowie den Großen Festsaal kostenfrei für den jährlichen Beförderungsapell der Offiziere nutzen zu können, sowie
2. an den durchgeführten Appellen teilzunehmen, um den Dienst der Soldaten für unsere Gesellschaft zu würdigen.